V-2 Queer Fights United!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Queeres Leben in Deutschland ist noch lange nicht so unbeschwert möglich, wie wir es uns wünschen würden. Ob Angriffe auf Christopher-Street-Days, in der U-Bahn oder im privaten Raum: Dass die Gewalt gegen queere Menschen in den letzten Jahren zugenommen hat, ist nicht nur ein Bauchgefühl, sondern lässt sich auch statistisch nachweisen.
Gleichzeitig sehen wir nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt, dass queere Rechte unter Beschuss stehen. In den USA wird in einigen Bundesstaaten das Recht von trans Personen auf geschlechtsangleichende Maßnahmen massiv eingeschränkt, das „don't say gay"-Gesetz in Florida verbietet es, an öffentlichen Schulen über queere Themen zu unterrichten und in Italien sollen lesbische Mütter nachträglich aus der Geburtsurkunde ihrer Kinder gestrichen werden.
Rechte versuchen längst nicht mehr zu polarisieren, indem sie sich nur über gendergerechte Sprache aufregen. Ihr Kulturkampf gegen queere Menschen geht mittlerweile mit einer realen Gefahr für Leib und Leben einher. Das können wir nicht einfach stumm hinnehmen! Unsere Antwort darauf muss bedingungslose Solidarität und eine Politik sein, die das Leben von queeren Menschen real verbessert.

Momentan äußern sich queere Kämpfe in Deutschland so zugespitzt wie selten zuvor in der Debatte rund um das Selbstbestimmungsgesetz. Während transfeindliche Aktivist*innen dieses Gesetzesvorhaben dafür nutzen wollen, trans Menschen ihre Grundrechte abzusprechen, ist für uns klar: trans Rechte sind Menschenrechte!
Ein echtes Selbstbestimmungsgesetz ist dringend notwendig!

Nach der Ankündigung des Vorhabens hat sich die Bundesregierung erst Ende August auf ein Gesetz einigen können. Als GRÜNE JUGEND begrüßen wir diesen ersten Schritt, unsere Kritik ist aber deutlich:

1. Das Selbstbestimmungsgesetz muss möglichst bald eingesetzt werden und gültig sein. Es reicht nicht, dass das Gesetz erst ein Jahr nach Beschluss in Kraft tritt. Tausende trans Menschen warten seit Jahren auf dieses Gesetz! Den Namen und den Geschlechtseintrag ändern zu lassen ist kein

Nice-To-Have, sondern ein Grundrecht.

2. Selbstbestimmung darf nicht erst mit 18 möglich sein! Gerade minderjährige trans Personen müssen ihre Identität teilweise jahrelang vor den eigenen Eltern verstecken. Deshalb müssen die Regelungen im Selbstbestimmungsgesetz auch ab 14 und nicht erst ab 18 gelten.

3. Queere Rechte sind kein Fall für Polizei und Verfassungsschutz! Dass Daten an Sicherheitsbehörden weitergegeben werden sollen, halten wir für gefährlich, unnötig und lehnen dies deshalb ab!

4. Selbstbestimmung muss immer gelten! Wir lehnen jegliche Ausnahmeregelungen ab, welche die Selbstbestimmung einschränken oder generell in Frage stellen.

5. Das Offenbarungsverbot im Selbstbestimmungsgesetz ist nicht scharf genug! Deadnaming und andere Übergriffe müssen unter Strafe stehen!

6. Dass die Regelung zur Elternschaft Teil des Selbstbestimmungsgesetz ist, ist falsch! Die Elternschaft von trans Menschen muss im Abstammungsrecht und nicht im Selbstbestimmungsgesetz geregelt werden.

Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein wichtiger Durchbruch für das alltägliche Leben von trans Menschen, aber löst bei weitem nicht alle Probleme! Namens- und Geschlechtsänderung im Ausweis ist das eine, aber queeres Leben umfasst so viel mehr.

Denn für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Das Selbstbestimmungsgesetz ist ein lange überfälliger Schritt, doch die Kämpfe queerer Menschen gehen weit über Fragen von Geschlechtseintrag und Namensänderungen hinaus. Deshalb gehen wir als GRÜNE JUGEND weiter und stellen die Systemfrage.

Unser System sortiert Menschen nach Verwertbarkeit und damit danach, wie viel Profit mit ihrer Arbeit generiert werden kann. Seit Jahrhunderten ist der Teil der Gesellschaft, der Wert - und damit Geld und Anerkennung - schöpft, Männern überlassen, während Frauen dazu verdammt werden, sich - egal ob sie selbst erwerbstätig sind oder nicht - um Haus und Kinder zu kümmern.

Alle Menschen, die aus diesem binären Raster fallen, stellen das System in Frage, weil der Kapitalismus nichts anderes als Binarität und die heteronormative Kleinfamilie kennt. Er hat diese Verhältnisse zu Prinzipien gemacht, die seine Arbeitsweise unwiderruflich strukturieren. Auch deshalb sind queere Personen besonders häufig Gewalt ausgesetzt: Das System, in dem wir leben, prägt, wie wir über die Welt denken, und was uns als “normal” vorkommt. Alles andere wird sanktioniert. Das äußert sich beispielsweise in der Tatsache, dass queere Menschen überproportional von Armut betroffen sind. Häufig ist ohne

familiäres Hilfsnetzwerk und durch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine prekäre Lebenssituation fast unausweichlich. Hinzu kommen ebenfalls hohe Behandlungskosten für geschlechtsangleichende Maßnahmen oder Therapien, um Diskriminierungserfahrungen zu verarbeiten.

Während immer mehr Unternehmen rainbow washing betreiben, um queeres Leben für ihre Profite zu nutzen, ist für uns als GRÜNE JUGEND klar: Um queere Menschen von Diskriminierung und Gewalt zu befreien, braucht es einen Systemwechsel! Aber auch im hier und jetzt können wir für reale Verbesserungen kämpfen. Dabei verteidigen wir einerseits die politischen Errungenschaften queerer Kämpfe gegen Angriffe von Rechts. Aber die bloße Verteidigung des Status Quo bedeutet noch lange keine echte Befreiung queerer Menschen. Wir müssen gleichzeitig für eine gerechte Politik eintreten.

Denn wenn wir für eine bessere Sozialpolitik, wie höhere Löhne und eine armutsfeste Grundsicherung kämpfen, dann hat das große Auswirkungen auf das Leben queerer Menschen, die besonders häufig in Armut leben. Und wenn wir betonen, wie wichtig flächendeckende Therapieangebote sind, dann wissen wir, dass diese gerade für queere Menschen besonders wichtig sind.

Eine gerechtere Politik, die sich nach den Bedürfnissen der Vielen richtet, ist auch Queerpolitik!

Aber immer dort, wo queere Menschen besondere Bedürfnisse haben, müssen diese genau so ernst genommen werden. So kämpfen wir selbstverständlich für eine bessere Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Gleichzeitig muss endlich eine flächendeckende, spezialisierte und vor allem kostenfreie Versorgung für Menschen, die beispielsweise eine medizinische Transition vornehmen wollen, sichergestellt werden! Die Änderung von Namen und Personenstand sind das Eine - für viele Menschen bedeutet eine Transition dennoch viel mehr.

Als GRÜNE JUGEND sind wir bedingungslos solidarisch mit allen queeren Menschen weltweit und denken queere Fragen in unseren Kämpfen immer mit. Denn queere Rechte gehen uns alle an!